



Medieninformation

IG Metall Bezirk Frankfurt

11. Januar 2012

Nr. 1/2012

Aktionstag am 13. Januar in Wiesbaden

Roländer protestieren vor dem hessischen Landtag

Offenbach/Wiesbaden. Nach einem Gespräch im hessischen Wirtschaftsministerium haben IG Metall und Betriebsratsvertreter von manroland die hessische Landesregierung aufgefordert, sich aktiv an einer Lösung für den Standort in Offenbach einzusetzen und damit möglichst vielen Beschäftigten eine Perspektive zu bieten. Bislang sei in Bayern und Sachsen mehr politische Initiative zu erkennen als in Hessen, sagte die Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Offenbach, Marita Weber, nach dem Gespräch. Während Bayern das Thema zur Chefsache gemacht habe, sei der Aktionsradius der Landesregierung in Wiesbaden bislang sehr begrenzt. „Die Zeit drängt. Das Unternehmen braucht gegebenenfalls kurzfristig finanzielle Unterstützung, wenn das Insolvenzgeld im Januar ausläuft und noch kein neuer Investor gefunden ist“, so Weber. „Wir brauchen ein tragfähiges Zukunftskonzept, das neben der Fortführung des Standortes möglichst viele Arbeitsplätze in Offenbach sichert.“

Sollte Beschäftigung unter einem neuen Investor abgebaut werden, müsse eine Transfergesellschaft die von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten für einen ausreichenden Zeitraum weiterqualifizieren. „Die Zukunft für Hunderte und Tausende von Familien in Offenbach und der Region ist Sache aller Akteure. An der Entwicklung und Finanzierung entsprechender Maßnahmen müssen sich die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und die Landesregierung ebenso engagieren wie die Alteigentümer“, fordert Bezirksleiter Armin Schild. „Gemessen an der Hilfe für die Banken mit milliardenschweren Rettungsschirmen muss nun auch die Unterstützung für die Fortführung von manroland erfolgen. Hier sind der Wirtschaftsminister und der Ministerpräsident in der Pflicht. Ohne finanzielle Unterstützung in Form von Bürgschaften oder Krediten werden Fortführungskonzepte ausgesprochen schwierig.“

IG Metall und Betriebsräte betonen, dass sie die Aktivitäten der Politik, des Insolvenzverwalters und möglicher Investoren weiter konstruktiv und kritisch begleiten. Ziel sei es, an allen Standorten möglichst viele Arbeitsplätze dauerhaft zu erhalten und einen unvermeidbaren Arbeitsplatzabbau so zu gestalten, dass die betroffenen Beschäftigten in der Region schnell alternative Arbeitsplätze finden.

Am kommenden Freitag, 13. Januar, hat die IG Metall zu einem Aktionstag vor dem hessischen Landtag aufgerufen, um für ihre Forderung und die finanzielle Unterstützung der

Landesregierung zu demonstrieren. Ab 10 Uhr sprechen: Armin Schild, IG Metall-Bezirksleiter, und der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Thorsten Schäfer-Gümbel.

IG Metall Bezirk Frankfurt für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen

Presse, Medien, Kommunikation

bezirk.frankfurt-am-main@igmetall.de

<http://www.igmetall-bezirk-frankfurt.de>

Tel.: 069-6693-3324

Verantwortlich: Jörg Köhlinger